

Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald

Horst Stuhlmann, Fraktionsvorsitzender

19.8.1988!

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Wir beantragen die Information des Gemeinderates über die **Kosten, die durch den Neubau des Krankenhauses in Winnenden auf die Gemeinde Auenwald entfallen werden.**

Begründung:

In der letzten Sitzung sagten Sie, dass die Kämmerer der Gemeinden über die voraussichtlich auf die Kommunen zukommenden Kosten informiert worden sind. Wenn konkrete Daten vorliegen, sollten sie umgehend für unsere Bürger veröffentlicht werden, die ja letzten Endes diese Kosten finanzieren müssen.

Antrag: Erstellung eines Umweltschutzplanes

8.5.1995

Drucksache 78/1995
Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu entwickeln, wie ein Umweltleitplan für die Gemeinde Auenwald erstellt werden kann.

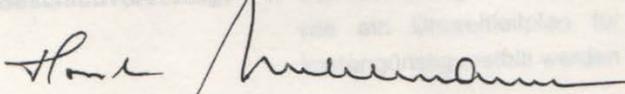
Ein erster Teil dient der Standortbestimmung. Es werden die bisher geleisteten Maßnahmen und die bestehenden Defizite dargestellt. Darauf aufbauend werden in einem zweiten Teil ein Zielkatalog für die Zukunft und Prioritäten festgelegt.

Es wird geprüft, ob das Planwerk oder Teile davon im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Hohenheim erstellt werden kann. Bestehende Pläne, wie z.B. der Landschaftsplan und der Biotopvernetzungsplan, werden in den Leitplan eingearbeitet. Dieser wird vom Gemeinderat beraten und beschlossen.

Begründung

Der Umweltschutz ist ein Schwerpunkt unserer Gemeinderatsarbeit. Wir haben frühzeitig und aktiv Maßnahmen zum Umweltschutz beschlossen und verwirklicht. Nun kommt es darauf an, zielgerichtet weiterzuarbeiten. Dies kann nicht dadurch erreicht werden, daß einzelne Mitglieder des Gemeinderats zufällig Einzelprobleme aktualisieren und durchsetzen wollen. Wir brauchen ein schlüssiges Gesamtkonzept, nach dem gemeinsam gehandelt wird.

Auenwald, 08.05.1995


Horst Stuhlmann, Fraktionsvorsitzender

Bürgerliche Wählervereinigung

Antrag „100 Bänke- Programm“

Vorschlag für die Aufstellung von Ruhebänken

Viele unserer älteren Mitbürger können nicht mehr so weite Wege gehen, ohne sich zwischendurch auszuruhen. Das gilt insbesondere, da die Topographie in unseren Ortsteilen manche schon von vornherein davon abschreckt spazieren zu gehen, da sie sich die vielen Steigungen nicht zutrauen. Zugleich haben wir aber durch diese Topographie den Reichtum vieler schöner Aussichtspunkte, an denen jeder Wanderer gerne verweilen würde, wenn es eine Ruhemöglichkeit gäbe. Deswegen sollte das Aufstellen von Ruhebänken in der Umgebung Auenwalds gefördert werden.

Für **jeden Ortsteil** sollten nach Möglichkeit **in gleicher Anzahl, oder** alternativ: **entsprechend der Einwohnerzahl Ruhebänke** aufgestellt werden. Da die Aufstellung solcher Ruhebänke im allgemeinen Interesse liegt, jedoch den Haushalt der Gemeinde zu sehr belasten würde, mache ich den Vorschlag, dass **Sponsoren** gesucht werden in Firmen und Vereinen oder auch Privatpersonen. Die Spender könnten, falls sie das wünschen, auf einem an der Bank anzubringenden Schild genannt werden.

Darüber hinaus wird der Vorschlag gemacht, wie z.T. bereits vorhanden, Ruhebänke aus **Recyclingmaterial** anzuschaffen.

Als Beispiel werden hier Plätze für Ruhebänke für Oberbrüden vorgeschlagen. Für die anderen Ortsteile soll die Liste in Zusammenarbeit mit den Gemeinderäten aller Fraktionen entsprechend fortgeführt werden.

(Auf genaue Platzangaben wird verzichtet, da sowohl das Einverständnis der evtl. Privateigentümern eingeholt, wie auch auf die Belange der Landwirtschaft (Fahrbreite von landwirtschaftlichen Fahrzeugen) Rücksicht genommen werden muss)

a) in der Umgebung von **Oberbrüden**:

1. auf allen 4 Wegen zum Friedhof, etwa auf halber Höhe = 4 Bänke
2. auf dem Weg zwischen dem Meisterhof und dem Friedhof = 1 Bank
3. im Warzenbachtal , nahe Ortseingang und weiter oben = 2 Bänke
4. an dem landwirtschaftlichen Weg seitlich der Straße nach Steinbach
= 1 Bank
5. auf dem Heschhofweg, evtl. an 2 Stellen = 1-2 Bänke
6. auf dem Weg vom Heschhof zum / am Waldrand = 1 Bank
7. an der Rosenstraße = 1 Bank
8. auf dem Weg nach Tiefental
an der Wege-Gabelung Kalter Brunnenbach / Krebsbach = 1 Bank
9. auf dem Weg nach Tiefental
an der Wege-Gabelung vom Alten Hau Bach = 1 Bank
10. auf dem Weg Trailhöfer Straße – Alter Hau Bach = 1 Bank
11. zwischen Trailhof und Trailhöfle = 1 Bank
12. zwischen Trailhöfle und Rottmannsberg = 1 Bank
13. an der Straße zur Rottmannsberger Sägemühle = 1 Bank

14. an der Rottmannsberger Straße, ½ Höhe
15. am Zwiebelbergweg , ½ Höhe

= 1 Bank
= 1 Bank
19/20 Bänke

Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

14.10.02

Antrag: Sichere Querung für Fußgänger in Lippoldsweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag zu prüfen, wie, etwa auf der Höhe der Rathausgärten in Richtung zum Aufgang zur Kirche in Hohnweiler, eine **sichere Querung für Fußgänger** gebaut werden kann. Erfahrungsgemäß wird auf der Hauptstraße recht zügig gefahren.

Andererseits kommen aus dem alten Ort und dem neuen Baugebiet sowohl Kinder auf dem Schulweg, wie Erwachsene in Richtung Friedhof, Schule und Kirche, die vor dem Rathaus die Straße überqueren.

Dieser Antrag wird auch gestellt in Berücksichtigung der Verlegung und Vergrößerung der dortigen Arztpraxis und des zukünftigen Geschäftshauses.

U. Rückert

Haushaltsrede 2003

→ Wir fragen die Verwaltung, was aus unseren diesbezüglich bereits gestellten Anträgen geworden ist. Und wir ersuchen die Verwaltung, sich erneut Gedanken zu machen, wie die innerörtliche Verbindung verbessert werden kann - z.B. noch einmal Kontakt mit entsprechenden Unternehmern aufzunehmen - und im Gemeinderat darüber zu berichten.

Antrag, eine Möglichkeit zu finden, den innerörtlichen Verkehr zu verbessern und einen Busverkehr von Däfern über Hohnweiler, Lippoldsweiler, den Ebersberg mit Haltestellen in Unterbrüden und Mittelbrüden am Gewerbegebiet, nach Oberbrüden, den Höfen und zurück einzurichten. Wir denken, dass das auch für einen **Unternehmer** interessant sein kann, der evtl. einen Kleinbus oder Ruftaxi einsetzt.

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

22.2.2003

Hände weg von unserem Krankenhaus

Die Bürgerliche Wählervereinigung hat am 12. Februar 2003 bei der Gemeindeverwaltung folgenden Antrag eingereicht:

Hände weg von unserem Krankenhaus

1. Der Gemeinderat bittet Herrn Bürgermeister Peter E. Friedrich, durch Gespräche mit Amtskollegen im Einzugsbereich des Kreiskrankenhauses Backnang zu erreichen, dass sich alle betroffenen Städte und Gemeinden geschlossen für den Erhalt des Backnanger Kreiskrankenhauses aussprechen.
2. Die Gemeinde Auenwald beantragt die Aufnahme in den Verein der Freunde des Kreiskrankenhauses Backnang
- 3.

Als Begründung haben wir angeführt:

Die Verantwortlichen im Rems-Murr-Kreis dürfen den Menschen im Altkreis Backnang nicht auch noch ihr Kreiskrankenhaus nehmen. Es ist für eine wohnortnahe Versorgung unserer kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger unerlässlich.

Bürgermeister Friedrich hat zugesagt, dieses Thema im Vorfeld mit den Kolleginnen und Kollegen bei der nächsten Bürgermeister-Zusammenkunft vorzubringen und es auf einer der nächsten Gemeinderatssitzungen behandeln zu lassen. Wir hoffen, dass die große Verunsicherung der Bevölkerung darüber, ob ihre Versorgung im Krankheitsfalle wirklich noch gesichert ist, endlich ernst genommen wird und ein Schulterschluss aller Betroffenen zu einer endgültig positiven Entscheidung des Kreises führt.

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

24.2.2003

Zum Thema **Kanalsanierungen**

Wir beantragen, dass die Gemeinde einen Vorschlag macht, wie wir vorgehen sollen, um mindestens die Kanäle der oberen beiden Schadensklassen reparieren zu können.

Wir beantragen gleichfalls prüfen zu lassen, ob Mittel dafür aus dem Entwicklungsprogramm ländlicher Raum beantragt werden können.

Begründung:

Wie bereits in der Haushaltsrede gesagt, sind wir gesetzlich verpflichtet, unsere Kanäle in Ordnung zu bringen. Es wäre deswegen gut gewesen, wenn die Paketlösung, die wir angestrebt haben, Erfolg gehabt hätte. Da das aber auf absehbare Zeit nicht der Fall zu sein scheint, müssen wir nach anderen Mitteln und Wegen suchen, diesen umweltschädlichen Zustand zu beheben.

Zwar scheinen die Mittel für Infrastrukturmaßnahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum nach den heutigen Berichten der BKZ besonders in Gewerbegebiete zu fließen (Weissach,

Burgstetten), aber es handelt sich bei Kanalsanierungen ja wohl auch um Infrastrukturmaßnahmen. Deswegen sollte auf jeden Fall ein Versuch in diese Richtung gemacht werden, zumal wir durch die Anzahl der Siedlungsschwerpunkte eher für die Infrastruktur benachteiligtes Gebiet sind.

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

26.05.2003

Antrag Verlängerung des 30er Zone lippoldsweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir den Antrag:

Die Gemeinde möge überprüfen, ob es möglich ist, die **30er-Tempobeschränkung, die auf der Kreisstraße am Brenner besteht, bis über die neu entstehende Ortsmitte Lippoldsweiler hinaus zu verlängern. Desgleichen möge möglichst umgehend die 30er-Zone zum Ebersberg wieder beschildert** und die Geschwindigkeitsbegrenzung vor allem in den frühen Morgenstunden kontrolliert werden.

Begründung:

Erst nach der Kurve in der Ortsmitte Richtung Hohnweiler wird die Straße übersichtlich, bis dahin bleibt sie relativ schmal. Anwohner und Fußgänger, die die Straße überqueren, sind durch Autos, die nach der bestehenden 30er-Begrenzung „aufdrehen“, gefährdet. Die Begrenzung ist auch in Hinblick auf die neuen Bushaltestellen sehr wünschenswert. Nach Mitteilung von Anwohnern findet in den frühen Morgenstunden verstärkt Lastwagenverkehr über den Ebersberg statt. Auch die UWA hat bereits auf das Problem hingewiesen.

Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

22.9.2003

Antrag Postagentur im Quelleladen Lippoldsweiler

Nachdem sich die Geschäftspolitik der Post anscheinend geändert hat und die Post nun wieder Postagenturen ins Leben ruft und mit der Firma Quelle zusammenarbeitet, bitten wir die

Verwaltung noch einmal zu versuchen, dass in dem **Lippoldweiler Quellegeschäft eine Postagentur** eingerichtet wird.

22.9.2003

Antrag Auswirkungen des neuen Kindergartengesetzes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag zu überprüfen, welche Auswirkungen das neue Kindergartengesetz, das ab 1. Januar 2004 in Kraft tritt, für unsere Gemeinde haben wird.

Begründung:

Nach dem neuen KiGaGes. soll eine sog. „Rucksacklösung“ zur Regel werden, nach der die Landkreise darauf hinzuwirken haben, dass die Gemeinde, deren Kinder in Einrichtungen sind, die nicht auf Kommunalgebiet liegen, für diese sich anteilig an der Finanzierung beteiligen. Das würde Eltern betreffen, die z.B. Kinder am Arbeitsort, der nicht in Auenwald liegt, haben oder z.B. in einem Waldorfkindergarten oder anderen Einrichtungen. Wir möchten rechtzeitig Sicherheit haben, inwieweit sich der für die Kindergarten angesetzte Etat verändern wird. Zudem wurde von unserer Fraktion bereits – mit anderen – darum gebeten, festzustellen, in welchem Umfang Kinder am Arbeitsort betreut werden, um die Einrichtung einer Ganztageskindergruppe zu überprüfen. Diese könnte wirtschaftlicher werden, wenn die „Rucksacklösung“ greift.

13.1.2004

Antrag Änderung des Standortes für den Funkmast

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag, als Standort für den geplante **Funkmast für den Mobilfunk** das gemeindeeigene Grundstück Gewann Öchsel Flurstück 334 zu prüfen.

Begründung

Unsere Vorbehalte gegen den bisher vorgesehenen Standort hatte Herr Stuhlmann bereits in der ersten Sitzung des Gemeinderates zum Thema vorgebracht. Der bisher geplante Standort am

Hochbehälter in Unterbrüden stößt inzwischen auch bei den Anliegern auf berechtigten Widerstand, wovon die mehr als 600 Unterschriften, die von der neu entstandenen Bürgerinitiative gesammelt wurden, zeugen.

Unsere Fraktion hat sich inzwischen Gedanken gemacht, wo ein besserer Standort zu finden ist, der dem geforderten Mindestabstand von der Wohnbebauung von 500 m entspricht und schlägt das o.g. Grundstück vor. Die Entfernung wurde vom Vermessungsbüro Weber vermessen und der beiliegende Lageplan mit einem Radius von 500 m um den von uns vorgeschlagenen Standort gefertigt; sie beträgt auch dort, wo der Abstand zur Wohnbebauung am geringsten ist, noch deutlich mehr als 500 m. Der Nachteil, dass hier (noch) keine Stromleitung verlegt ist, wiegt gering gegen die Gesundheit jedes einzelnen Bürgers, die von evtl. Strahlenbelastung durch Installation am bisher vorgesehenen Standort bedroht sein könnte.

Haushaltsrede 2004

Wir hatten bereits im Oktober letzten Jahres den **Antrag** gestellt zu überprüfen, inwieweit sich die **Änderung der Kindergartenrichtlinien** zum 1.1.2004 auf Auenwald auswirkt.

Nach dem neuen KiGaGes. soll eine sog. „Rucksacklösung“ zur Regel werden, nach der die Landkreise darauf hinzuwirken haben, dass die Gemeinde, deren Kinder in Einrichtungen sind, die nicht auf Kommunalgebiet liegen, für diese sich anteilig an der Finanzierung beteiligen. Das würde Eltern betreffen, die z.B. Kinder am Arbeitsort, der nicht in Auenwald liegt, haben oder z.B. in einem Waldorfkindergarten oder anderen Einrichtungen. Wir möchten rechtzeitig Sicherheit haben, inwieweit sich der für die Kindergarten angesetzte Etat verändern wird. Auf diesen Antrag haben wir bisher nichts gehört: Wir stellen ihn hiermit erneut und bitten um schnelle Erledigung

Desgleichen hatten wir den **Antrag** gestellt zu erheben, inwieweit in Auenwald der Wunsch nach einem **Ganztageskindergarten** besteht und, falls der Bedarf da ist, einen zentral gelegenen Kindergarten entsprechend auszuweisen. Dieser könnte wirtschaftlicher werden, wenn die oben genannte „Rucksacklösung“ greift. Auch diesen Antrag möchten wir wiederholen und bitten um baldige Erledigung.

Antrag: Die **Richtlinien für Ehrungen am Bürgerempfang** sind dahingehend zu erweitern, dass vorbildhafte Leistungen **im beruflichen Bereich** ebenfalls vorgeschlagen werden können.

Begründung: Wie bei den sportlichen Leistungen erfordert ein vorbildhaftes Ergebnis in der Beruflichen Bildung den besonderen Einsatz von Jugendlichen. Eine Anerkennung in ihrer Gemeinde macht auch vielen anderen Jugendlichen Mut, ein solches Ziel zu erreichen. Als Gemeinde können wir auf solche Jugendlichen stolz sein.

hat unsere Fraktion bereits im Vorjahr den

Antrag gestellt, beim Land zu beantragen, die **zusammenhängende Maßnahme Aussegnungshalle und Friedhoferweiterung nachträglich zu trennen**. Wir möchten, dass geprüft wird, ob die notwendige Erweiterung nicht auf der Fläche des bestehenden Friedhofs durchgeführt und so ein Heranrücken des Friedhofs an die bestehende Bebauung verhindert werden kann. Was wäre auf dem bestehenden Friedhof rechtlich möglich, wenn es diese kleine Fläche in unmittelbarer Nähe zur Bebauung nicht gäbe?

--

Antrag: Die Erweiterung der Überdachung der Aussegnungshalle auf dem Friedhof Ebersberg ist nunmehr erst für das Jahr 2005 vorgesehen. Wir stellen den Antrag, dass diese Maßnahme dann unmittelbar zu Jahresanfang realisiert wird. Auch die Ebersberger Bürger haben das Recht, bei Beerdigungen oder Veranstaltungen zu Allerheiligen nicht im Regen stehen zu müssen, sondern, wie in allen anderen Ortsteilen auch, eine würdige Umgebung zu haben.

Nachdem ab dem frühen Frühjahr das **Kneippsche Wassertretbecken** in Sechselberg von unzähligen Auenwäldern besucht wird, stellen wir den

Antrag zu überprüfen, wo **in Auenwald ein** solches **Wassertretbecken** realisiert werden kann.
Antrag gestellt, aus Mitteln aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum noch einmal Zuschüsse zu beantragen. Wir fragen, ob das inzwischen geschehen ist und mit welchem Ergebnis.

Wir **beantragen** weiterhin, alle eventuell frei werdenden Mittel in die Kanalsanierung zu stecken. Dass hier Abwässer einfach versickern, kann zu einer gesundheitlichen Gefahr für unsere Bürger werden.
Wir fragen die Verwaltung, ob sie eine Möglichkeit sieht, wie Bürger, insbesondere die Landwirtschaft, in solchen trockenen Jahren dieses Wasser nutzen können.

Wir fragen die Verwaltung, ob sie eine Möglichkeit sieht, wie Bürger, insbesondere die Landwirtschaft, in solchen trockenen Jahren dieses Wasser der neu erworbenen Quelle nutzen können.

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende	7.6.2004
---	-----------------

Antrag Postversorgung in Auenwald

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag, schnellstmöglich Kontakt zur Post aufzunehmen und festzustellen, was in Auenwald Neues geplant ist und inwieweit sich das auf die Postversorgung in den Ortsteilen auswirkt

Begründung

Die Post sucht mit einer Postwurfsendung an alle Haushalte „Büroserviceflächen zur Einrichtung eines Briefzustellstützpunktes in Auenwald“. Wir möchten wissen, ob es sich um die Erweiterung der Post handelt oder etwa um eine Zentralisierung.

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende	05.07.2004
---	-------------------

Antrag Geschwindigkeitsbeschränkung und Kontrollen Lippoldweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag, dass die Gemeinde sich nachdrücklich auf allen nötigen Ebenen dafür einsetzt, dass in der Hauptstraße in Lippoldweiler, vom Brenner herunter bis zur Bäckerei Stark eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ausgewiesen wird. Zugleich soll das 30er Schild in der Badstraße bis zur Straßeneinmündung in die Hauptstraße vorversetzt werden. Diese Tempobegrenzung soll häufiger kontrolliert werden.

Begründung

Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung hatte Herr Stuhlmann die bedenkliche Situation in diesem Bereich vorgetragen. Der Verkehrsausschuss sollte sich damit befassen, ist aber nicht vor Ort gewesen. Wir konnten uns bei einem Ortstermin davon überzeugen, dass PKWs und Lastwagen auf den mit einem niedrigen Rand versehenen Bürgersteig auf der Seite ausweichen, wenn Gegenverkehr kommt. Das Tempo wird nur minimal gedrosselt, so dass für Fußgänger oder Kinder, die aus den anliegenden Häusern kommen, eine gefährliche Situation entsteht. An diesen engen Kurven ist Tempo 50 zu schnell, belangen kann man aber erst jemanden, wenn etwas passiert, was wir verhüten möchten.

Das Schild bergaufwärts, das eine enge Ortsdurchfahrt anzeigt, wäre dann nicht mehr nötig. Das gleiche gilt für den unteren Teil der Badstraße, auch hier wird zu schnell gefahren. Da an der Bushaltestelle kein Fußgängerüberweg ist, den wir bereits vor Ausbau beantragt hatten, entsteht hier, nach Aussagen der Anwohner, öfter eine brenzlige Situation.

Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

07.01.2005

Antrag Querung für Fußgänger in der Badstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag zu prüfen, wie in der Badstraße auf der Höhe des Endes des (*in Richtung Ebersberg*) rechtseitigen Fußgängerweges eine **sichere Querung für Fußgänger** zum Übergang auf den linksseitigen Fußgängerüberweg gebaut werden kann.

Der Weg vom Schulbus und regulären Bus geht am Bäcker Stark und an der Kreissparkasse vorbei, so dass die meisten Schulkinder und übrigen Fußgänger diese Seite benutzen werden.

Es erscheint gefährlich, wenn am Ende des Fußweges diese Verkehrsteilnehmer ungeschützt die Straße überqueren müssen, um zum Ebersberg zu laufen.

HAUSHALT 2005

Wir stellen darüber hinaus den **Antrag, den Verwaltungshaushalt in allen Posten, die nicht** (wie z.B. Umlagen, Personalausgaben oder Versicherungen o.ä.) **unabdingbar festgelegt sind, linear um 10 % zu kürzen.** Auch das ergibt schmerzliche Einschnitte. Sollten sich die Rahmenbedingungen verbessern, soll diese Kürzung schnellstens wieder aufgehoben werden. Wir haben uns die Mühe gemacht, alle Posten durchzugehen und sind dabei auf ein Volumen von 500.000,- € gekommen, das gekürzt werden könnte, so dass hier 50.000,- € einzusparen sind. Damit wäre der Verwaltungshaushalt insgesamt um 0,5% gekürzt.

Unter der Voraussetzung, dass die alten Kredite, die die Verwaltung teilweise ablösen will, nicht höher verzinst sind als neu aufzunehmende, stellen wir den **Antrag:**

Die Einsparungen aus den gestrichenen Freiwilligkeitsleistungen, aus der Einsparung an Kreisumlage und aus dieser 10%igen Kürzung sollen verwendet werden, um die Neuaufnahme von Schulden zu reduzieren.

Antrag, zu prüfen, welcher Bedarf in der Gemeinde heute vorhanden ist (das wurde von Bürgermeister Friedrich im Ausschuss bereits zugesagt), welche Kosten bei Unterbringung einer Gruppe im Kindergarten Stockrain entstehen würden, welche Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. aus dem Ganztagesprogramm der Bundesregierung, gegeben sind und wie hoch dann die Kosten für die Eltern sein werden

Anträge in Übersicht:

- 1) **Antrag, die Grundsteuer B nur auf 330 % zu erhöhen**
- 2) **Antrag, den Verwaltungshaushalt in allen Posten, die nicht** (wie z.B. Personalausgaben oder Versicherungen o.ä.) **unabdingbar festgelegt sind, linear um 10 % zu kürzen.**
- 3) Unter der Voraussetzung, dass die alten Kredite, die die Verwaltung teilweise ablösen will, nicht höher verzinst sind als neu aufzunehmende, stellen wir den **Antrag: Die Einsparungen aus den gestrichenen Freiwilligkeitsleistungen, aus der Einsparung an Kreisumlage und aus dieser 10%igen Kürzung sollen verwendet werden, um die Neuaufnahme von Schulden zu reduzieren.**
- 4) **Antrag, dass die Aussetzung der Bauplatzvergaberichtlinien weiterhin gelten soll.**
- 5) **Antrag, die Einführung einer Spielstraße im Bereich Altenbergstraße / Geigersbergstraße** grundsätzlich zu prüfen und wenn Vorschläge von Eltern aus anderen Ortsteilen kommen, diese ebenso wohlwollend zu prüfen
- 6) **Antrag, zu prüfen, welcher Bedarf in der Gemeinde für eine Kleinkinderbetreuung** vorhanden ist welche Kosten bei **Unterbringung einer Gruppe im Kindergarten Stockrain** entstehen würden, welche Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. aus dem Ganztagesprogramm der Bundesregierung, gegeben sind und wie hoch dann die Kosten für die Eltern sein werden
- 7) **Antrag, die Großprojekte Friedhof Hohnweiler und Einbau eines Bürgerraumes im Rathaus Hohnweiler, zu schieben**
- 8) **Antrag, dass eine kompetente Fachfirma, in Zusammenarbeit mit den Leuten, die für die Gemeinde auf dem Friedhof arbeiten, zunächst untersuchen und dem Gemeinderat berichten soll, ob und wie der alte Teil weiter zu nutzen ist.**

9) Antrag, Kosteneinsparungen bei der Herstellung der Wege um die Gräber auf allen Friedhöfen zu prüfen

Gemeinderatssitzung am 19.12.05

Zu Verschiedenes:

1. Wir bitten, die Resolution an die Landesregierung wegen **Streichung von Zuschüssen für das Bildungszentrum** zu unterstützen. Diese Resolution wurde bereits vom Gemeinderat Weissach im Tal verabschiedet.

Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald

Ulrike Rückert, Fraktionsvorsitzende

26.3.2006

Antrag Parkverbot Stockrain

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friedrich,

hiermit stellen wir den Antrag, dass in Unterbrüden in der Kurve Im Stockrain, ca. zwischen den Häusern 4 und 6 (evtl. länger), ein Parkverbotsschild aufgestellt wird.

Begründung

Die Kurve ist sehr unübersichtlich, wenn dort parkende Fahrzeuge stehen. Es hat bereits vor einiger Zeit dort einen Unfall gegeben.

Anwohner haben die Gemeinde bereits im April um Maßnahmen gebeten, aber bisher wohl nichts gehört. Entsprechende Bilder liegen vor.

28.1.2008

Antrag: Breitbandversorgung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Hiermit stellen wir den Antrag, dass die Gemeinde Auenwald schnellstens Fördermittel aus dem Impulsprogramm Breitbandinitiative Ländlicher Raum der Landesregierung zur Erweiterung des Hochgeschwindigkeitszugangs ins Internet (Breitband), evtl. auch als Modellprojekt, beantragt.

Laut Landrat Fuchs gehört „Breitbandversorgung zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur und ist unverzichtbarer Standortfaktor“. Der Landrat hat den Kommunen Hilfe bei der Beantragung von Fördermitteln zugesagt (BKZ vom 17. Januar 2008). Diese Hilfe sollte seitens unserer Gemeinde dringend genutzt werden.

Wie bekannt, ist die Breitbandversorgung in unserer Gemeinde insgesamt dürftig, in manchen Ortsteilen ein Hochgeschwindigkeitszugang ins Internet nicht vorhanden, was insbesondere für unsere Gewerbetreibenden, aber auch für Privatleute, einen erheblichen Standortnachteil darstellt. Dass die Gemeinde die von den Betreibern verlangten erheblichen Zuschüsse nicht tragen kann, ist Konsens gewesen. Umso mehr sollten wir uns um die Aufnahme in das Impulsprogramm bemühen

Haushaltsrede 2008

Antrag:

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, inwieweit unsere Gemeinde von der Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes seitens des Landkreises profitieren kann, was ein Beitritt Auenwalds zu diesem „Klimabündnis“ für Kosten verursacht und welcher effektive Nutzen für unsere Gemeinde daraus hervorginge.

Desgleichen fordern wir die Verwaltung auf, eine Liste denkbarer ökologischer Maßnahmen vorzulegen, damit ein Ranking vorgenommen werden kann und Maßnahmen in der für die Ökobilanz effektivsten und für uns besten Weise erfolgen.

Wir beantragen die Anschaffung von zwei **Hochentastern**, die den Grundstückseigentümern auch für eine Gebühr zur Verfügung gestellt werden (1 Hochaster kostet ca. 1200,- Euro). Wünschenswert wäre auch die Anschaffung eines **Mulchgerätes** zur Pflege der Baumwiesen, wie es andere Gemeinden angeschafft haben (ca. 20.000,- Euro).

Wir beantragen: Die Gemeinde möge feststellen, ob z.B. bei jungen Familien Bereitschaft besteht, nicht mehr abgeerntete Bäume zu pflegen und ob bei Stücklesbesitzern der Wunsch danach besteht, es sollte also eine **Streuobstbörse** eingerichtet werden.

Wir stellen den Antrag, dass die Gemeinde beim Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald einen Antrag auf Förderung der Planungen und der Erstellung eines solchen Konzeptes stellt und sich den fachmännischen Rat ortsansässiger Wanderfreunde und des Forstamtes einholt.

Antrag: Wir bitten die Verwaltung, in der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft diesen Punkt vorzubringen und die Forderung nach einem **Landschaftspark „Murr“** an die Region zu stellen.

Wir beantragen eine **Grundsatzdebatte über die zukünftige Struktur unserer Gemeinde**, die im Rahmen einer Gemeinderatsklausur angegangen wird.

Antrag: Die Verwaltung möge untersuchen, ob der **Parkplatz hinter dem Schleckermarkt erweitert** werden kann.

Antrag: In einem **innerörtlichen Verkehrskonzept** soll ein Ranking von Maßnahmen erfolgen, die in unserer Gemeinde den Verkehr steuern und für welche dann Mittel effektiv zum Wohle der Bürger eingesetzt werden können.

- . Wenn irgend rechtlich möglich sollten **Aufträge der Gemeinde an örtliche Gewerbetreibende** gehen, bzw. sollten diese ermutigt werden, Gebote abzugeben. Der Handwerker am Ort bleibt uns erhalten, seine Arbeit sieht er selbst und sehen seine Mitbürger jeden Tag



Antrag: Wir fordern die Verwaltung auf, sich erneut um einen Träger für eine eventuelle Seniorenwohnanlage zu bemühen und ein realisierbares Seniorenkonzept in Zusammenarbeit mit interessierten Bürgern zu erstellen.

24.11.2008

Antrag Kosten des Krankenhauses Winnenden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Wir beantragen die Information des Gemeinderates über die Kosten, die durch den Neubau des Krankenhauses in Winnenden auf die Gemeinde Auenwald entfallen werden.

Begründung:

In der letzten Sitzung sagten Sie, dass die Kämmerer der Gemeinden über die voraussichtlich auf die Kommunen zukommenden Kosten informiert worden sind. Wenn konkrete Daten vorliegen, sollten sie umgehend für unsere Bürger veröffentlicht werden, die ja letzten Endes diese Kosten finanzieren müssen.

24.11.2008

Antrag

Armutsbericht und Kinderpass Auenwald

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Wir beantragen die Erstellung eines Armutsberichts nach den für Deutschland geltenden Armutskriterien für die Gemeinde Auenwald.

Wir möchten insbesondere wissen:

- Wie viele Hartz IV-Empfänger leben in unserer Gemeinde?
- Wie viele Kinder sind von Armut betroffen?
- Für wie viele Kinder wird in den Kindergärten eine Preisreduzierung auf Grund von Armut vorgenommen? Sind das alle von Armut betroffenen Kinder?
- Wie viele Kinder aus armen Familien besuchen die Betreuung in den Grundschulen? Welche Kosten sind dafür von armen Familien zu tragen?
- Sind arme Kinder unserer Gemeinde von den Streichungen der Essenzuschüsse der Stadt Backnang für die Pestalozzischule betroffen?

Ziel dieses Antrages ist es, arme Kinder in unserer Gemeinde zu fördern, wo immer das möglich ist.

Ein „Kinderpass“, ähnlich dem, der in Allmersbach eingeführt werden soll, wäre denkbar. Für einen solchen Pass müsste von dem betroffenen Personenkreis ein Einkommensnachweis vorgelegt werden. Was genau unterstützt werden soll, wäre im Gemeinderat zu beschließen, möglich wären u.a. Vergünstigungen für das Schwimmbad, die Mensa im Bize oder an anderen Schulen oder für die Jugendmusikschule.

30.1.2009

Antrag Planung der L1115 als Kraftfahrstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Hiermit stellen wir den Antrag, dass Sie, möglichst gemeinsam mit den Bürgermeistern des Weissacher Tales oder denen der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang, eine Stellungnahme an das Regierungspräsidium zu den Forderungen der Gemeinden Kirchberg und Aspach (s.BKZ vom 28. Januar 2009 → BKZ-online) abgeben. Diese Stellungnahme soll darauf abheben, dass die Planung der L1115 als Kraftfahrstraße - möglichst kreuzungsfrei - beibehalten wird und für die Landwirtschaft der vorgesehene Wirtschaftsweg gebaut wird.

Begründung:

Während Aspach und Kirchberg relativ gut an das Fernstraßennetz angebunden sind und durch den Ausbau der L1115 noch besser angebunden werden, steht das Weissacher Tal sowohl in Richtung Stuttgart wie in Richtung Autobahn in der Verkehrsanbindung sehr viel schlechter da, was für unser Gewerbe deutliche Nachteile mit sich bringt. Dieser Autobahnzubringer hat in erster Linie die Aufgabe, Backnang und die dahinter liegenden Kommunen besser an das Fernstraßennetz anzubinden. Jede Kreuzung reduziert den überregionalen Verkehrsfluss und verschwendet dabei Energie. Entweder also, die zusätzlichen Auffahrten werden kreuzungsfrei angebunden (das wäre allerdings ein erheblicher zusätzlicher Kostenfaktor), oder es sollte darauf verzichtet werden.

Die mehrspurige Straße für landwirtschaftlichen Verkehr, aber damit ja auch für Mopeds oder Fahrräder frei zu geben, bringt zudem ein hohes Unfallrisiko. Wir halten es für bedauerlich, dass nicht ein Konsens in der VVG gesucht worden ist, sondern einzelne Kommunen ihre einzelnen Stellungnahmen an das Regierungspräsidium schicken.

HAUSHALTSREDE 2009

Antrag: Wir beantragen, dass die Verwaltung die Kosten für eine Skaterbahn ermittelt und einen Standort, an dem Nachbarn nicht unmittelbar belästigt würden, dafür sucht. Nachdem der Vertrag über das Juff abgewickelt worden ist, werden die Mittel hierfür umgeschichtet und / oder für die Jugendarbeit der Vereine zur Verfügung gestellt.

Antrag: Wir beantragen, die Schulleitung in den Gemeinderat einzuladen und über die Erfahrung mit der Werkrealschule berichten zu lassen

Antrag: Wir beantragen, die Schulleitung in den Gemeinderat einzuladen und über die Erfahrung mit der Werkrealschule berichten zu lassen

Antrag: Die Gemeinde möge bei den Landwirten abfragen, was sie direkt vermarkten und ob eine Werbung für ihre Produkte (von Eiern bis zu Brennholz oder Weihnachtsbäumen) im

Mitteilungsblatt, Rubrik „Gesunde Lebensmittel / landwirtschaftliche Produkte aus Auenwald“, erwünscht ist. Falls ja, soll eine solche Rubrik dauerhaft eingerichtet werden.

Ebenfalls möge abgefragt werden, ob Interesse der Direktvermarkter besteht, freitags oder samstags in Unterbrüden einen „kleinen“ Markt anzubieten und dieser ggf. eingerichtet werden.

Antrag: Wir fordern die Gemeinde auf, die Möglichkeit eines solchen Auenwalder Dorfwerkes zu überprüfen und erste Schritte in Richtung auf eine von Außenenergie unabhängige Gemeinde einzuleiten.

Antrag: Wir beantragen, dass das energetische Sanierungsprogramm auf die gesamten öffentlichen Gebäude ausgeweitet, und, so wie unsere Mittel es erlauben, Zug um Zug durchgeführt wird.

Wir stellen den Antrag: In Oberbrüden sollte die offene Vorhalle mit wenig Mitteln, evtl. Schiebetüren, geschlossen werden, im Winter und bei schlechtem Wetter ist der Zustand bei Beerdigungen nicht tragbar. Dann könnten auch dort einfache Klappstühle aufgestellt werden, die sonst von den Beerdigungsunternehmen den Hinterbliebenen in Rechnung gestellt werden. In dem alten Teil des Oberbrüden Friedhofs sollte, gerade um den Charakter zu erhalten, die Möglichkeit von Baumbestattungen und einer Fläche für anonyme Gräber geprüft werden.

Wenn bei den Angehörigen der Wunsch besteht, sollte eine weitere Verlängerung der Liegezeiten auf unseren Friedhöfen möglich sein.

Wir warten ungeduldig auf die versprochenen und beschlossenen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Mittelbrüden. Weitere Ortsdurchfahrten müssen folgen. Wir fordern seit Jahrzehnten einen Kreisel an der Einmündung von Ober-/Mittelbrüden nach Unterbrüden.

Wir beantragen, dass Verhandlungen über einen Kreisverkehr in Unterbrüden erneut mit dem Landkreis geführt werden.

Die Bürgermeister des Weissacher Tales sind sich einig über ihre Forderung nach einem anständigen Anschluss der Tälesgemeinden an die B14.

Wir beantragen, dass sich Bürgermeister Ostfalk darum kümmert, dass dieser Anschluss ganz hohe Priorität in den Verhandlungen der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft bekommt.

Antrag: Für unsere Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen, in denen kaum noch Einkaufsmöglichkeiten bestehen, besser zu versorgen, möge sich die Gemeinde um mobile Lebensmittelversorgung bemühen, und / oder überprüfen ob das Bäckereiangebot evtl. ausgeweitet und auf weiterer Ortsteile ausgedehnt werden kann.

Deswegen beantragen wir erneut, dass die voraussichtlichen Gesamtkosten, die auf die Gemeinde durch den Krankenhausneubau in Winnenden zukommen werden, offenzulegen.

Antrag: Wir beantragen, dass der Gemeinderat sich alsbald nach dem Wahltermin mit der Situation unserer örtlichen Gewerbetreibenden befasst, nach Unterstützungsmöglichkeiten sucht, und dazu den Handels- und Gewerbeverein in den Gemeinderat einlädt.

Antrag: Soweit rechtlich möglich, sollen die Aufträge der Gemeinde beschränkt ausgeschrieben und die örtlichen Gewerbetreibenden bevorzugt beauftragt werden.

Antrag: Für das Mitteilungsblatt beantragen wir eine **Rubrik „Ehrenamt“**, in der nach und nach die Ehrenamtlichen gewürdigt werden.

20. Juli 2009

Vorlage der BWA für den dann gemeinsam verabschiedeten Antrag aller Fraktionen des Gemeinderates der Gemeinde Auenwald

Antrag zum Bau der B 14 Backnang – Waldrems – Maubach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Hiermit beantragen wir, dass die Bürgermeister der Gemeinden des Weissacher Tales sich in und mit der VVG Backnang für eine kreuzungs- und ampelfreie Verbindungsstraße von der B14 bis zum Heininger Kreisel einsetzen. Diese Verbindungsstraße sollte Kreisstraße sein. Bis zum Abzweig dieser Straße am Schulhaus Richtung Maubach muss die B 14 4-spurig sein, da sonst der Stau in Richtung auf und aus Richtung des Weissacher Tales vorprogrammiert und auf lange Zeit festgeschrieben wird.

Begründung:

Die fehlende Verkehrsanbindung an die B14 ist das tägliche Problem der Bürger und der Betriebe unserer Gemeinden. Sie kostet Geld, und die Umwelt und die Menschen in den Ortsdurchfahrten werden unnötig belastet. Das geplante Bauwerk bringt die nötige Entlastung nicht. Aus unserer Sicht wird mit der bis jetzt geplanten und scheinbar auch von den politisch Verantwortlichen von Backnang und den Gemeinden des Weissacher Tals akzeptierten Planung zwar viel Steuergeld investiert, aber kein Ergebnis, d.h. keine wirklich nachhaltige Verbesserung, erreicht. Aus diesem Grund wollen wir für eine sinnvolle Planung plädieren und uns für deren Realisierung zum Wohle aller Betroffenen einsetzen / ist es uns ein dringendes Anliegen, hier intensiv um sinnvolles Vorgehen zu kämpfen. Wir gehen davon aus, dass mit den jetzt geplanten Maßnahmen die Verkehrssituation für viele Jahrzehnte festgelegt wird. Deshalb dürfen unzureichende Überlegungen und nicht Ziel erreichende Planungen von den Betroffenen nicht akzeptiert werden.

Unsere Überlegungen:

Mit dem jetzt 4-spurigen Weiterbau der B 14 bis Waldrems wird die Stau erzeugende Kapazitätsreduzierung von 4 auf 2 Spuren lediglich von Nellmersbach nach Waldrems verlagert. Eine Entlastung der B 14, die eine Reduzierung von 4 auf 2 Spuren ermöglichen würde, entsteht ja nur, wenn unterstellt wird, dass erhebliche Verkehrsanteile an dem neuen großen Kreuzungsbauwerk Waldrems die B 14 verlassen.

Aus unserer Sicht ist dies auf Dauer aber nicht der Fall: Denn bei der vorgesehenen Kreuzung

in Waldrems führt die Verbindung zur Heiningen Kreuzung durch die angrenzenden Backnanger Ortsteile Waldrems und Heiningen. Hier ist bereits seit längerer Zeit erkennbar, dass die Stadt Backnang die Verkehrsbelastung begrenzen und reduzieren will: Bereits heute ist der LKW Verkehr > 7,5 t verboten, und es sind, was völlig unüblich und äußerst selten auf solch wichtigen Straßen ist, bereits zwei 30-km-Zonen eingerichtet. Weiterhin kennen wir die regelmäßig wiederkehrende Diskussion um die komplette Sperrung dieser Verbindung für den Durchgangsverkehr. Aus Sicht der Stadt Backnang und der dortigen Anwohner ist dieser Wunsch verständlich und für die Zukunft sicherlich richtig. Dies kann und darf jedoch nur dann realisiert werden, wenn das Weissacher Tal eine leistungsfähige, sichere, staufreie und damit umweltschonende Anbindung an die B 14 erhält.

Deshalb fordern wir unverzüglich die Planung und die Umsetzung einer ortsdurchfahrtfreien Verbindung der Heiningen Kreuzung mit der B 14. Die Trassenfestlegung ermöglicht dann den 4-spurigen Ausbau der B 14 bis zum Anbindungspunkt dieser neuen Straße. Auf das große, kostenaufwändige Kreuzungsbauwerk in Waldrems, inmitten von Bestandsbebauung, kann verzichtet werden.

Es ist uns klar, dass diese zukunftssichere Lösung jetzt etwas höhere Investitionen, verlangt. Diese höheren Investitionen sind jedoch gerechtfertigt, weil dadurch eine tatsächliche nachhaltige Verbesserung zum Wohle aller entsteht. Bei der jetzigen Planung wird, trotz ebenfalls großer Investitionssummen, jedoch kein nachhaltiger Effekt erzeugt.

Unter dem Gesichtspunkt, dass durch die negative Krankenhausentscheidung gegen Backnang eine schnelle verkehrstechnische Anbindung nach Winnenden gefordert ist, erwarten wir auch vom Kreis hier kraftvolle und intensive Unterstützung.

10.8.2009

Antrag: Kauf von Schnitzers Mühle in Lippoldsweiler - Konzeptprüfung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ostfalk,

Hiermit stellen wir den Antrag, dass die zum Verkauf stehende Mühle in Lippoldsweiler als Teil des heimatlichen Erbes und eines zukünftigen Heimatpfades, sowie als charakteristischer Punkt des Ortsteils Lippoldsweiler erhalten wird. Deswegen fordern wir eine Konzeptprüfung:

- Ist die Mühle als zukünftiges Heimatmuseum geeignet?
- Kann das Archiv der Gemeinde im Gebäude untergebracht werden?
- Kann ein Versammlungsraum für die Bürger Lippoldsweilers / Hohnweilers eingebaut werden?

Begründung:

Die Mühle ist eines der wenigen noch erhaltenen Gebäude aus alter Zeit in der Gemeinde. Die Jahreszahl 1789 über dem Eingang und das noch erhaltene Mühlrad sind sehenswert. Der dort

noch offene Glaitenbach und die angrenzende kleine Anlage mit dem neu erstellten Brunnen bilden bereits einen Rahmen für die weitere Gestaltung der Ortsmitte Lippoldsweiler. Es könnte geprüft werden, ob die Verdolung vom Tal aus teilweise wieder aufgemacht werden kann.

Das Rathaus in Hohnweiler kann zur Finanzierung verkauft werden, ebenso das alte Rathaus in Unterbrüden, falls das Haus für das Archiv geeignet ist. Für diese Gebäude würde auch die Energieeffizienzprüfung nicht mehr gebraucht.

Auenwald, den 19.10. 2009

Antrag auf eine gesamtheitliche Betrachtung der Finanzen für die nächsten 5 Jahre.

Wir danken der Verwaltung für die qualitativ hochwertige Umsetzung unseres Antrages auf eine externe Beurteilung unserer Haushaltssituation durch das Gutachten von Herrn Professor Kölz.

Wichtig ist uns jetzt eine konsequente Fortführung des systematischen Vorgehens.

Was ist das **Resultat der Analyse von Professor Kölz**:

- 1) Die aktuelle Situation ist nicht so katastrophal wie oft, auch hier im Gremium, lautstark vorgeworfen.
- 2) Es erfordert professionelles Vorgehen, um die Zukunft zu meistern.

Die **Herausforderung** ist:

Es gibt aus Sicht der Bürger, der Verwaltung und des Gemeinderates immer mehr Aufgaben, Ideen, Bedürfnisse, Ansprüche, als wir Einnahmen haben.

Das ist aber normal und auch anderswo so und wird auch so bleiben. Ganz sicher steigen mit zunehmenden Einnahmen, auch die Ansprüche.

Deshalb ist die finanzielle Führung der Gemeinde, also die bewusste Entscheidung, für was sollen und können Steuergelder eingesetzt werden, die zentrale Aufgabe von Verwaltung und Gemeinderat, eine Aufgabe, der wir professionell nachkommen wollen.

Deshalb unsere Forderung nach **einer gesamtheitlichen Betrachtung der Finanzen für die nächsten 5 Jahre.**

Die Einnahmenentwicklung haben wir bereits durch das Gutachten Prof. Kölz in den Blick genommen.

Ebenso müssen wir die Ausgaben in den Blick nehmen und den zu erwartenden Einnahmen gegenüberstellen. Wir haben dafür Daten in den Haushaltsplänen, dem Investitionshaushalt, in Anträgen, Ideen, Vorschlägen der Fraktionen und den Plänen der Arbeitsgruppen des Gemeindeentwicklungsplanes, dazu kommen eventuell Zusagen an Vereine oder Organisationen. Was fehlt, ist eine, nicht auf Jahre aufgesplittete, Gesamtschau, bei der

deutlich wird, ob wir uns, wenn wir die Ausgabe A tätigen, auch noch die Ausgabe B leisten können.

Wir beantragen daher eine **Gesamtaufstellung aller zukünftig zu leistenden Ausgaben. Dabei müssen unbedingt auch die „schlummernden“ Investitionen erhoben und transparent dargestellt werden. Z.B. zu erwartender Reparaturaufwand Strassen, Wasser, Abwasser, Gebäude usw. Gerade hier ist uns ein Gesamtsicht wichtig und kein scheinweises Vorgehen in Jahresperioden.**

Erst wenn wir diese Gesamtschau haben, kann eine Bewertung dessen, was getan werden muss, soll oder kann, erfolgen.

Daran schließt sich die Klärung der möglichen Finanzierung an:

- Ob für die Ausgabe/n die Einsparung an anderen Positionen möglich ist
- Ob dafür die Erhöhung von Steuern oder Gebühren erfolgen muss
- Ob dafür eine Darlehensaufnahme erfolgen muss
- Ob es andere Finanzierungswege gibt
- Oder ob die Anzahl der Maßnahmen reduziert werden muss.

Nur in einem solchen Gesamtkonzept, das dann im demokratischen Prozess erarbeitet und beschlossen werden muss, kann aus unserer Sicht die Zukunft für Auenwald verantwortungsvoll gestaltet werden.

Auszug aus den Anträgen 2010 - Haushaltsrede

	Thema	Bürgermeister
s. 2009	die Finanzen der nächsten 5 Jahre ganzheitlich zu betrachten , die Klausurtagung des Gemeinderates	Kommt
	Die Verwaltungsausgaben sollen bis 2014 höchstens auf dem Niveau von 2010 liegen. Zusätzliche Kosten müssen durch Einsparungen an anderen Stellen kompensiert werden.	Bgm.Ostfalk: Wird er so machen. Ist 2014 zu überprüfen
	Wir beantragen, dass Bürgermeister Ostfalk als Stimmführer und unsere Gemeinderäte im Zweckverband des Bildungszentrums für das kommende Jahr für das Bize eine Deckelung der Verwaltungskosten auf dem Niveau von 2009 beantragt.	
s.2009	Errichtung einer Skaterbahn.	„Wir werden die Kosten für eine vergleichbare Anlage ermitteln und nach einem geeigneten Standort suchen“ war 2009 die Antwort des Bürgermeisters. Soll jetzt geschehen
s.2009	Es ist uns völlig unverständlich, warum die Gemeinde unser Angebot nicht aufgegriffen hat und so unseren Jugendlichen eine BMX-Bahn ermöglicht.	Soll jetzt geschehen

	<u>Vergünstigte Bauplätze für junge Familien mit Kindern:</u> Um junge Familien zu unterstützen, sollten wir von den Bauplätzen, die wir vermarkten wollen (und müssen!), einige jungen Familien – vorrangig, aber nicht ausschließlich aus Auenwald - vergünstigt zur Verfügung stellen.	Einführung eines Kindernachlasses
	<u>Mobiles Verkaufsangebot</u> Wir wiederholen unseren noch nicht erledigten Antrag aus dem Vorjahr: Die Verwaltung möge prüfen, wie ein erweitertes mobiles Verkaufsangebot für die Siedlungen möglich gemacht werden kann.	Es wurde mit örtlichen Versorgern gesprochen, die daran kein Interesse hätten
	<u>Gemeindepflegehaus</u> Wir ersuchen die Verwaltung, Kontakt zu allen in Frage kommenden Trägern aufzunehmen, um an zentraler Stelle ein solches Alters- und Pflegeheim zu errichten	2014 ist Haus Elim bezugsfertig
	<u>Zentrale Aufenthaltsplätze in den Dorfmitten</u> Für ältere Leute ebenso wie für jüngere ist ein zentraler Treffpunkt, der einladend gestaltet ist, in den jeweiligen Dorfmitten wünschenswert	
	<u>Aufstellen von Bänken an den Steilstraßen:</u> Für ältere Menschen fehlen Möglichkeiten zum Ausruhen innerhalb der Orte, vor allem an steilen Strecken, wie z.B. an der Rosenstraße in Oberbrüden, im Stockrain, am Asang, um nur einige davon zu nennen. Hier sollte dringend noch nachgebessert werden	
s.20 09	Wir begrüßen die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen durch den Kreis in Mittelbrüden und ersuchen die Verwaltung nicht nachzulassen, ähnliche Maßnahmen am Unterbrüden Friedhof beim Kreis mit Nachdruck zu fordern. <u>Auf unseren Antrag nach einem Kreisverkehr in der Ortsmitte Unterbrüden</u> hatte im letzten Jahr die Verwaltung geantwortet: „Der Bürgermeister wird erneut mit dem Rems-Murr-Kreis über einen Kreisverkehr in der Ortsmitte Unterbrüden verhandeln“. Wir fragen, ob das inzwischen geschehen ist und, falls nicht, beantragen wir erneut, dass das geschieht.	Kauf des Hauses Hängelstraße 1 zur Errichtung des Kreisverkehrs. 2014 jedoch als Jugendhaus beschlossen, angeblich keine Zuschüsse des Kreises in Sicht.
s.20 09	Wir ersuchen den Bürgermeister, mit Nachdruck unseren Interessen in der VVG Geltung zu verschaffen, den kreuzungsfreien Anschluss an die B14 durchzusetzen und bis dahin die Tempo 30-Zone in Waldrems und Heiningen aufheben zu lassen.	Kein Ergebnis der Gespräche mit Backnang
	Wir fordern die Verwaltung auf, Tempo-30-Zonen an geeigneten Stellen, auch in den Ortsmitten, einzurichten und sich an die Backnanger Genehmigungspraxis anzupassen.	
	Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu entwickeln, wie ein aktueller Umweltschutzplan für die Gemeinde Auenwald erstellt werden kann. Ein erster Teil dient der Standortbestimmung. Es werden die bisher geleisteten Maßnahmen und die bestehenden Defizite dargestellt. Darauf aufbauend werden in einem zweiten Teil ein Zielkatalog für die Zukunft und Prioritäten festgelegt.	

	<p>Es wird geprüft, ob das Planwerk oder Teile davon im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Hohenheim erstellt werden kann. Bestehende Pläne, wie z.B. der Landschaftsplan und der Biotopvernetzungsplan werden in den Leitplan eingearbeitet. Dieser wird vom Gemeinderat beraten und beschlossen.</p>	
	<p><u>Abwasser</u> beantragen wir daher, jeden eventuell freiwerdenden Euro in die Kanalsanierung zu stecken.</p>	?
	<p>Wir beantragen, dass solche Aufkleber mit den Wasserhärtegraden und Dosierungsempfehlungen für Waschmittel – möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Kostenträgern (Landkreis, Energieunternehmen) – wieder gedruckt und den Haushalten zugestellt werden.</p> <p><u>Wasser</u> Mit den Gemeinderäten der Gemeinde Althütte hatten wir uns zu gemeinsamem Gespräch über die Versorgung der Teilorte in den Höhenlagen getroffen.</p> <p>Anfrage an die Verwaltung: Wir möchten von der Verwaltung wissen, wieweit die Verhandlungen inzwischen gediehen sind und wann mit einem Vertragsabschluss gerechnet werden kann.</p>	Soll gemacht werden
	<p><u>Außenenergie-unabhängige Gemeinde</u> Unser Ziel bleibt die von Außenenergie weitgehend unabhängige Gemeinde. Deswegen begrüßen wir es, dass für die ersten öffentlichen Gebäude Energieausweise erstellt werden. Nachdem die verbrauchsstärksten Gebäude angegangen wurden, sollten auch die anderen folgen. Entsprechende Maßnahmen müssen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten nach Prioritäten durchgeführt werden. Wir unterstützen die Installation von gemeindeeigenen Photovoltaikanlagen aus Umweltschutzgründen ebenso wie auf Grund der finanziellen Situation der Gemeinde. Die Schulden, die wir dafür aufnehmen müssen, werden sich nach allen Zusagen rentieren. Die geplanten Anlagen sollten deswegen kurzfristig gebaut werden, ehe die angesagte Kürzung der Einspeisevergütung greift.</p> <p>Noch hat die <u>Klausurtagung zum Thema „Energieversorgung in Auenwald“</u>, die seitens des Bürgermeisters auf unseren Antrag im letzten Jahr einberufen werden sollte, nicht stattgefunden. Das soll unbedingt nachgeholt werden. Das Thema der Konzessionsverträge</p>	
	<p><u>Ehrenamt</u> Im letzten Jahr hatten wir beantragt, dass eine Rubrik „Ehrenamt“ im Gemeindeblatt eingerichtet werden soll, für die die Vereine Einzelpersonen und ihre Tätigkeit benennen können, um so Werbung für das Ehrenamt zu machen., wir stellen diesen Antrag erneut.</p>	2009,„Wir werden im Gemeindeblatt eine Rubrik „Ehrenamt“ einrichten“
s.20 08	Im Jahr 2008 hatten wir den	

	Antrag gestellt, Wandertafeln mit Hilfe des Naturparks aufzustellen. Was ist aus diesem Antrag geworden?	
	<u>Historischer Lehrpfad / Heimatpfad</u>	
	Antrag: Falls der Zuschuss zu dem geplanten Lehrpfad kommt, soll dieser in erster Linie ein Heimatpfad werden	
	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Direktvermarktung</u> Nach unserem Antrag vom letzten Jahr hat die Verwaltung mehrfach im Mitteilungsblatt dazu aufgerufen, dass Landwirte, die ihre Produkte direkt vermarkten oder vermarkten wollen, sich melden. - <u>Naturparkmarkt</u> Wir begrüßen, dass ein ähnlicher Aufruf nun zu dem Naturparkmarkt in Oberbrüden am 2. Mai 2010 erschienen ist und hoffen, dass sich viele Landwirte und Nebenerwerbslandwirte daran beteiligen. - <u>Streuobstbörse</u> Gleichfalls wurden auf unseren Antrag hin wiederholt Interessenten für die Abgabe, bzw. das Ernten von Streuobst ermuntert, sich zu melden 	
	<u>Anfrage an die Verwaltung:</u> Wir möchten von der Verwaltung wissen, wie die Resonanz auf diese Aufrufe war und wo die Gemeinde weitere Unterstützungsmöglichkeiten für unsere Landwirtschaft sieht.	
s.20 09	<u>Friedhöfe</u> Für den Friedhof Oberbrüden hatten wir im vergangenen Jahr die Möglichkeit einer Baumbestattung gefordert, ebenso wie andere Fraktionen. Das ist bis heute nicht geschehen, und wir stellen diesem Antrag erneut.	2009: Zusage: „Wie werden die Baumbestattung einführen, die Gebühren kalkulieren und die Satzung entsprechend ändern.“
	Antrag: Wir beantragen, dass die Verglasung der Aussegnungshalle in Oberbrüden in den Haushalts- und Investitionsplan für das kommende Jahr aufgenommen und die Möglichkeit von Zuschüssen erkundet wird.	

Haushaltsrede 2011

Übersicht über die Fragen und Anträge:

S.2 Personalkosten:

Wir fragen: Wie sieht die Verwaltung die **Entwicklung der Personalkosten** für die Zukunft?

Antrag: Wir beantragen eine **Zusammenstellung der Personalkostenentwicklung für die unterschiedlichen Arbeitsbereiche** der Gemeinde.

S. 2 Friedhöfe

Antrag, dass **Schiebetüren für die Seiten der Oberbrüdenener Friedhofskapelle** in die mittelfristige Investitionsplanung aufgenommen werden.

Wir stellen den Antrag, dass unser Angebot auch in Richtung auf **Familiengräber**, in die über Generationen hinweg Menschen bestattet werden können, so dass nicht mehrere Gräber zu pflegen sind, erweitert wird.

S. 3 Landwirtschaft / Gewerbe – gesplittete Abwassergebühr

- 1. Frage:** Gibt es die Möglichkeit, dass 2011 noch nach dem alten System abgerechnet wird, so dass den Betroffenen die Möglichkeit gegeben wird, bauliche Änderungen, Versickerungen auf Grünland o.ä. vorzunehmen?
- 2. Frage:** Könnte es passieren, dass die Gemeinde rückwirkend die gesplittete Abwassergebühr festsetzen müsste, so dass gerade Landwirte oder deren Erben mit erheblichen Nachzahlungen rechnen müssten?

S.3 Radwege – Beantragung eines Zuschusses

Frage: Wieweit ist hier der Stand der Dinge?

S. 3 Stromversorgung

Antrag, den Eigentümern von **geeigneten Dächern zum Anbringen einer Photovoltaikanlage** zu raten.

Frage: Was ist daraus geworden?

Frage: Wie sind bei uns die **Sprechstunden der Energieagentur** genutzt? Ist die Sprechzeit ausreichend für den Bedarf oder müssen Bürger abgewiesen werden?

S. 4 Wasserversorgung

Seit langem gibt es Verhandlungen um die **Wasserversorgung unserer oberen Ortsteile** um Rottmannsberg

Wir fragen, wie ist hier der Stand der Dinge?

In der nächsten Zeit kommen kostenträchtige Sanierungsarbeiten an den Wasserleitungen z.B. am Brenner auf uns zu.

Wir fragen, ob in der nächsten Zeit eine Wassergebührenneukalkulation nötig wird.

S. 4 Senioren

Wir stellen den Antrag, dass wir uns nach einem **anderen Investor** umsehen, der **seniorengerechte Wohnungen** mit Anschluss an Betreuungsmöglichkeiten errichtet.

Der Bedarf nach einem eigenen **Gemeindepflegehaus** wird immer größer.

Wir beantragen, dass die **Verwaltung** Kontakt mit entsprechenden Stiftungen oder anderen Heimträgern aufnimmt und nach geeigneten Grundstücken für ein Gemeindepflegehaus sieht.

Seniorengerechte Plätze in den Ortsmitten, Spielmöglichkeiten im Freien, eine Art „Generationenpark“, wie in Allmersbach verwirklicht, **Bänke** an den Steilstrecken der Ortsteile.

Wir ersuchen die Verwaltung, an diesen Punkten aktiv zu werden.

S.5 Jugend

Wir stellen den Antrag, dass die Verwaltung für das von Auenwald geplante „**Kinderhaus**“ einen Antrag auf Zuschüsse vom Land aus dem „Bildungshaus“programm stellt.

S. 6 Vereine

Der Bau eines für alle Vereine zugänglichen **Allwettersportplatzes**, wenn auch im Moment nicht finanzierbar, sollte unbedingt auf der Agenda bleiben und mittelfristig in den Investitionsplan aufgenommen werden.

S. 6 Themenpfad

Antrag: Wir beantragen die Verlängerung des Pfades über die anderen Ortsteile bis nach Oberbrüden und ersuchen die Verwaltung bei den mitarbeitenden Gruppen sich dafür einzusetzen

Wir fragen die Verwaltung, woran es liegt, dass noch kein Konzept für die Nutzung der Scheune in Däfern erstellt ist, und was man zu tun gedenkt, damit das Konzept nun zügig vorgelegt wird.

S.7 Handel und Gewerbe

Antrag: Die Verwaltung möge nach einem speziellen Platz **für Holzbetriebe** schauen und eventuell ein **eigenes kleines Gewerbegebiet** hierfür ausweisen.

S. 7

Antrag: In Zusammenarbeit mit dem HGV sollte hier an einer Lösung für eine **einheitliche Beschilderung für die Gewerbebetriebe** gearbeitet werden.

S. 7 **Antrag:** Die **homepage der Gemeinde** sollte **interaktiv** nutzbar werden, so dass Betriebe mit Standort und Angebot besser erkennbar sind. Hierfür ist eine **Internetpräsentation aller Betriebe** wünschenswert.

S.8 Verkehr

Anträge: 1) **Wir beantragen**, dass unsere Vertreter in der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft mit Backnang, zusammen mit denen des gesamten Weissacher Tales, weiter für eine **direkte Anbindung an die B14** kämpfen.

2) **Wir beantragen** zudem, dass hier **in unserem Gemeinderat** die genauen **Pläne der im Augenblick vorgesehenen Anbindung** vorgelegt werden.

HAUSHALTSREDE 2012

Wir beantragen,

- dass keine neuen Projekte begonnen werden, ehe nicht die Reste aus den Vorjahren vollständig abgewickelt sind. Dringend notwendige Ausnahmen sind dem Gemeinderat vorzulegen.
- Das Ausgabenwachstum des Verwaltungshaushaltes ist durch Sparmaßnahmen und Kürzungen auf die vom Finanzplanungsrat empfohlene Größe von max. 1 % zu begrenzen.
- dass die Personalkosten zukünftig maximal im Rahmen der Tarifierhöhungen steigen dürfen. Das vorhandene Personal ist seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend einzusetzen.

Eine Erhöhung des Personalbestandes wird ausgeschlossen. (Nur eine etwaige Neustrukturierung des Steueramtes kann von dieser Regel ausgenommen werden.)

- dass auf der Homepage der Gemeinde deutlich über die zur Verfügung stehenden Grundstücke informiert wird und dass im Mitteilungsblatt eine überörtliche Beilage geschaltet wird, in der für unsere Bauplätze geworben wird.
 - eine zügige Umsetzung von z.T. seit Jahren geplanten Baumaßnahmen wie z.B. an der Birkenstraße in Mittelbrüden.
 - zu untersuchen, unter welchen Bedingungen eine Neubebauung der Abrundung Stockrain / Holzbachäcker VII sinnvoll ist.
 - die für die Gemeinde Kosten verursachenden, finanziell belastenden, nicht genutzten Gebäude abzustoßen, und u.a. endlich eine Entscheidung bezüglich des Alten Rathauses in Lippoldsweiler zu fällen.
 - dass der Austausch der Straßenbeleuchtung zunächst nur dort erfolgt, wo Straßen saniert werden.
 - folgende Sparmaßnahmen für die Ausgaben des Vermögenshaushaltes:
 - Straßenausbau Bürgerwaldstraße /Rottmannsberger Straße: schieben bis nach den Baumaßnahmen für das Hochwasserrückhaltebecken Heslachbach),:
(Einsparung: 170.000 €)
 - Sanierung der Grundschule Unterbrüden: Nur Durchführung der energetischen Sanierung (= 50.000 €)
(Einsparung: 115.000 €)
 - Umbau der Scheune Däfern: Schieben auf 2013 nach Verkauf des dazu gehörigen Wohnhauses in 2012. Um evtl. noch notwendige Untersuchungen zu finanzieren, könnte der heute zu beschließende Haushaltsrest von 8000 € eingesetzt werden.
(Einsparung: 150.000)
 - Sanierung Feldwegbrücke Talstraße und
 - Sanierung Brücke Beaurepairestraße: Es sollen jeweils nur 30.000 €, gegenseitig deckungsfähig eingesetzt und die dann dringendste Maßnahme durchgeführt werden. Als neuen Containerplatz schlagen wir den unteren Teil am Parkplatz der Auenwaldhalle vor. So müssen Entsorgungsfahrzeuge nicht mehr über die Brücke fahren. Diese wird von den Bussen bereits nicht mehr genutzt. Dann könnte bei einer Begrenzung der Last auf 4 to die Brücke noch mehrere Jahre halten. (Einsparung: 120.000)
 - Allwettersportplatz: Wir stimmen nur dem Kauf eines dafür geeigneten Ackers, der aber auch für andere Zwecke dienen könnte, zu (= 30.000 €). Bevor sich die Vereine über einen möglichen Standort nicht schriftlich geeinigt haben, wird kein Geld für einen Allwettersportplatz eingesetzt.
(Einsparung: 70.000 €)
 - die Abdeckung des Fehlbetrages von 2010 von 38.720 € zu schieben.
(Einsparung: 38.720 €)
- Die Summe dieser Einsparungen beläuft sich auf **663.720 €.**

Wir beantragen,

- dass auf Antrag unserer Gemeinde bei der nächsten Sitzung der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft mit Backnang die Anbindung des Weissacher Tales an die B 14

behandelt wird und sich die Vertreter unserer Gemeinden in aller Deutlichkeit für ihre Realisierung einsetzen.

- dass hier in unserem Gemeinderat noch in diesem Halbjahr die genauen Pläne der im Augenblick vorgesehenen Anbindung vorgelegt werden.
- bei zukünftigen Bebauungen oder Bau von Regenrückhaltebecken Ausgleichsmaßnahmen nicht auf wertvollem Ackerland vorzunehmen.
- dass die Ortsobmänner der Landwirte bei der Aufstellung des Fahrradwegenetzes mit einbezogen werden
- dass endlich ernsthafte Verhandlungen mit Althütte wegen der Anbindung an die Wasserversorgung geführt werden.

13.3.2013

Antrag: Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED soll noch in 2013 angegangen werden

Begründung: Auf unsere mehrfachen Anträge in den Haushaltsreden der letzten Jahre, die Straßenbeleuchtung auf LED umzurüsten, wurde seitens der Verwaltung diese Umrüstung immer wieder verschoben mit der Begründung, dass es ein Gesamtpaket bei den Verhandlungen mit einem zukünftigen Stromnetzbetreiber geben sollte, in denen die Umrüstung der Straßenbeleuchtung ein Bestandteil sein sollte.

Die Gemeinde Althütte hat inzwischen die Umrüstung vollzogen und dafür einen Zuschuss von 40 % und einen Finanzierungszinssatz von unter 1 % erhalten, sodass die Umrüstung sich bei den steigenden Strompreisen in kürzester Zeit rechnet. Der Zuschuss von 40 % gilt nur noch 2013, und er wird sukzessive zurückgefahren. Bis Ende März müssten die entsprechenden Zuschussanträge gestellt sein.

9.12.2013

Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen der Gemeinde

Stellungnahme der Bürgerlichen Wählervereinigung Auenwald

Die Verwaltung hat versucht, mit der Vorlage ein Gesamtpaket von 4 Punkten zu schnüren:

I Aufnahme von Flüchtlingen / Asylbewerbern

II Unterbringung von Obdachlosen in unserer Gemeinde

III Unterbringung des Jugendtreffs

IV weitere Verwendung der 5 in der Vorlage beschriebenen Gebäude

Wir versuchen auf die dort genannten Punkte einzeln in aller Kürze einzugehen:

I Aufnahme von Flüchtlingen / Asylbewerbern

- 1.) Angesichts der Flüchtlingsschicksale in der Welt, den Katastrophen in Syrien und vor Lampedusa **unterstützen wir die Forderung der UWA, dass auch Auenwald Flüchtlinge in begrenzter Zahl entsprechend unserer dörflichen Struktur aufnimmt.**
- 2.) Wir **warnen aber davor, blauäugig einen entsprechenden Antrag an das Landratsamt zu stellen.** Wir werden nicht nach Herkunftsländern und Familienstruktur auswählen können, welche Asylbewerber oder Flüchtlinge zu uns kommen sollen. Zudem halten wir eine zeitliche Begrenzung des Aufenthalts bei uns im Ort für nicht möglich.
- 3.) Wenn Menschen zu uns kommen, muss mehr getan werden, als eine **menschenwürdige Unterkunft** zu finden. Sie müssen – nicht nur von der Verwaltung – **betreut**, von den Nachbarn **akzeptiert** und nach und nach **integriert** werden. Über ein **Angebot gemeinnützige Arbeit zu leisten** und damit am Leben im Ort teilzunehmen muss nachgedacht werden.
- 4.) Die **BWA erklärt ihre Bereitschaft, intensiv bei der Betreuung mitzuwirken.**
- 5.) Die Unterbringung muss **Teilhabe am normalen Leben in der neuen Umgebung** begünstigen.

II Unterbringung von Obdachlosen in unserer Gemeinde

Menschen aus der eigenen Gemeinde, die, aus welchen Gründen auch immer, obdachlos werden, **müssen ebenso menschenwürdig behandelt und untergebracht werden. Auch ihre Unterbringung muss Teilhabe am Leben der Dorfgemeinschaft begünstigen.**

III Verwendung gemeindeeigener Gebäude

1.) Hügelstraße 15

Nach der Besichtigung der gemeindeeigenen Gebäude am Mittwoch, dem 9.10.2013 sind wir **entsetzt und beschämt über den gesundheitsgefährdenden Zustand des Gebäudes Hügelstraße 15. Wir fragen die Verwaltung, wie es möglich ist, dass ein Gemeindegebäude – offensichtlich schon längere Zeit - in diesem Zustand belassen wurde, und wer dafür verantwortlich ist.** Wie vorgeschlagen, sollte die im Obergeschoss untergebrachte Person umgehend in ein menschenwürdiges Gebäude umgesiedelt werden. Das könnte z.B. Hügelstraße 1 Obergeschoss sein.

2.) Hügelstraße 1 (– Kreisverkehr - Jugendtreff)

Das Gebäude Hügelstraße 1 wurde allein zu dem Zweck erworben, dass dort an der Kreuzung nach Oberbrüden ein Kreisverkehr gebaut werden kann. Der Kreisverkehr sollte umgehend beim Landkreis beantragt werden. Bis zur Bewilligung sollte das Gebäude anderweitig genutzt werden. Das Gebäude wurde wärmeisoliert. Es soll nach dem Willen der Verwaltung nun Jugendtreff werden

Es dient jetzt der Unterbringung einer Familie aus der Gemeinde. Ihre Wohnung ist in gutem Zustand und macht einen gepflegten Eindruck, die Familie bemüht sich um Renovierung des

Badezimmers. Sie wird – was wir unmenschlich finden – aus der Zeitung von ihrem zgedachten Schicksal erfahren.

- 1.) Die Kinder der Familie von Hügelstraße 1 besuchen den **Jugendtreff**: Sie sollen nun ausziehen, damit sie selbst und Kinder anderer, vom Schicksal mehr begünstigter Familien, an einigen Wochentagen in ihrer alten Wohnung den Jugendtreff besuchen können!?
- 2.) Die Lage des Gebäude wäre zwar für einen Jugendtreff geeignet, vielleicht würde dann auch die Zahl der Teilnehmer, die diesen besuchen, wieder ansteigen. Das Gebäude ist dafür allerdings sehr groß. Wie sich die Heizungssituation gestalten wird (Olofen), wäre zu überprüfen. Investitionskosten (getrennten Toiletten u.ä.) würden fällig. Die Investitionen würden bei Errichtung des Kreisverkehrs hinfällig.
- 3.) Die BWA sieht die Notwendigkeit, ein geeigneteres Gebäude als die zunächst aufgestellten Jugendcontainer zu finden, einen Raum für die Ehrenamtlichen, für Material o.a. zu haben. Es sollte sich dann aber **nicht wieder um eine vorläufige Unterbringung des Jugendtreffs** handeln, damit unsere Investitionen auch nachhaltige Wirkung haben. Damit kommt Hügelstraße 1 u.E. nicht für den Jugendtreff in Frage. Als Alternative schlagen wir z.B. die **dauerhafte Unterbringung des Jugendtreffs im gemeindeeigenen Gebäude Am Kaffeberg** vor.

3.) Hohlgae 3 Ebersberg

ist aus den in I 5.) und II genannten Gründen weder für Obdachlose noch für Asylbewerber geeignet. Es ist uns nicht erklärlich, warum die Gemeinde dieses Gebäude erworben und im Leerstand belassen hat.

Das Gebäude ist umgehend zu verkaufen.

Dabei sollte der Erwerber auf die Nutzung des benachbarten Schulhauses deutlich hingewiesen werden, ein evtl. Ebersberger Erwerber, der die Umgebung kennt, sollte bevorzugt werden.

4.) Dorfstraße 19 in Däfern

Das Gebäude wurde vom Gemeinderat ausschließlich unter dem Vorbehalt erworben, dass es sofort verkauft würde und der Verkaufserlös zur Finanzierung der historischen Scheune dienen würde. Dieser Beschluss war, wenn wir uns recht erinnern, einstimmig. Seit Jahren fordert die Fraktion der BWA den Verkauf des Gebäude mitsamt dem dazugehörigen Hausgarten unabhängig von der zukünftigen Nutzung der Scheune oder des angrenzenden Geländes. Beim Verkauf könnte die Zufahrtsflache so geschnitten werden, dass genügend Parkraum vor der Scheune bleibt.

Bei dem Versuch, ein Gesamtpaket für anschließende Baulandumlegung zu schnüren, machen die Nachbarn nicht mit, er muss als gescheitert gelten.

Das Gebäude steht nun seit Jahren leer. Es ist in gutem baulichen Zustand, die Gemeinde würde also noch einen ordentlichen Kaufpreis erzielen.

Das Gebäude ist umgehend zu verkaufen.

5.) Auenstraße 14

Hier bieten sich 2 Alternativen:

1. Der umgehende Verkauf des Hauses
2. Nutzung als vorübergehende Obdachlosen- oder/und Flüchtlings/Asylbewerberunterkunft

VIII Wohncontainer

Bei Alternative 1. ist die Unterbringung von Flüchtlingen/Asylbewerbern in neuen Containern mit eigener Infrastruktur für die jeweiligen Familien /Personengruppen möglich. Diese Landesregierung will den Landkreisen erhöhte Mittel zur Unterbringung dieses Personenkreises zur Verfügung stellen. Diese Mittel des Landkreises sollten wir bei anstehender Zuweisung von Flüchtlingen anfordern, um menschenwürdige Containergebäude zu erwerben und sie in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten und Busanbindung aufzustellen. Falls sie eines Tages nicht mehr benötigt werden, wäre die Stellfläche wieder frei verfügbar.

Wir beantragen:

- 1.) Den sofortiger Verkauf von Hügelstraße 15, Dorfstraße 19 / Däfern und Hohl-gasse 3 / Ebersberg
- 2.) die Unterbringung von 1 weiteren Person in der Hügelstraße 1, Obergeschoss, und Belassung der eingewiesenen Familie in Hugelstrasse 1
- 3.) Bei evtl. Zuweisung von Flüchtlingen /Asylbewerbern die Alternativen vorübergehende Unterkunft im Haus Auenstrae 14 oder in Containerwohnungen zu prüfen und das Ergebnis dem Gemeinderat schnellstmöglich vorzulegen.
- 4.) Falls sich anderweitige Unterbringungsmöglichkeit bietet, das Gebäude Auenstrae 14 sofort zu verkaufen.
- 5.) Die Unterbringung des Jugendtreffs im ehemaligen Lagerschuppen am Kaffeberg als Dauereinrichtung zu prüfen

11.1.2013

Antrag: Auenwald schließt sich der Initiative „Keine Grabsteine aus Kinderhand“ an

Die Bürgerliche Wählervereinigung Auenwald beantragt: Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Friedhofsatzung umgehend dahingehend geändert wird, dass auf den Auenwalder

Friedhöfen zukünftig nur Grabsteine gesetzt werden dürfen, die ein Zertifikat* haben, dass

- sie nachweislich ohne Beteiligung von Kinderarbeit entstanden sind,
- bei ihrer Herstellung faire Arbeitsbedingungen gemäß Konvention 182 der Internationalen UN-Arbeitsorganisation in Genf (ILO) eingehalten wurden
- und die Herstellerunternehmen Umwelt- und Sozialverantwortung praktizieren.

(* Das könnte z.B. für Steine aus Indien und andere Länder das IGEP-Zertifikat sein. Bei der IGEP Foundation handelt es sich heute um eine, vom indischen Ministerium für Handel und Industrie unterstützte Stiftung nach indischem Recht.

Hervorgegangen ist die IGEP Foundation aus einem Projekt der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und des indischen Ministeriums für Handel und Industrie auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl und des damaligen indischen Premierministers Rajiv Gandhi.

Da das Projekt in seiner bis dahin fast 20 jährigen Laufzeit, ein hohes Ansehen und ein einzigartiges Wissen um den deutsch-indischen Handel erworben und allgemein von allen Seiten als kompetenter Verhandlungspartner und Vermittler angesehen wird, wurde beschlossen, es nach seiner offiziellen Beendigung im Jahre 2005, auf Basis einer privaten Stiftung fort zuführen. Die Tätigkeit ist auf andere Länder erweitert worden. IGEP zertifiziert u.a. auch Teppiche unter dem Rugmark-Siegel.)

Haushaltsrede 2013

Antrag <u>Keine Schuldenneuaufnahme</u>: Die Verwaltung möge ab sofort Szenarien entwickeln, wie 2014 und 2015 eine Schuldenneuaufnahme verhindert werden kann.
--

Antrag <u>Finanzierung von S21 durch die Region</u>: Die Verwaltung möge in allen entsprechenden Gremien darauf hinwirken, dass die Region nicht voreilig ihre Finanzierung erweitert, solange nicht die Stuttgart 21 Gesamtplanung und – finanzierung wieder transparent sind und Bahn, Bund, Land und alle Projektpartner einen festen Kosten- und Finanzierungsrahmen gefunden haben.

Antrag <u>Kosten und Erlöse Bauland</u>: Die Verwaltung möge so planen, dass Baulanderwerb und Realisierung von Verkaufsgewinnen in einem Kalenderjahr stattfinden und so nicht unnötig Schulden erhöht werden.
--

Antrag <u>Gewerbeflächen</u>: Die Verwaltung möge prüfen, wo Gewerbeflächen sinnvoll und landwirtschaftsverträglich ausgewiesen oder bestehende erweitert werden können
--

Antrag Anschluss B14: Die Verwaltung soll dafür sorgen, dass im Gemeinderat ein Vertreter Backnangs über die geplante Anbindung an die B14 berichtet.
Antrag Auenwalder Busfahrplan: Wir beauftragen die Verwaltung, die Kosten für einen Auenwalder Busfahrplan zu ermitteln und in Zusammenarbeit mit dem HGV und anderen nach Finanzierungsquellen zu sehen.
Antrag ÖPNV-Anschluss an das neue Krankenhaus: Wir ersuchen die Verwaltung zusammen mit den Bürgermeistern der umliegenden Gemeinden, in direktem Kontakt mit der Kreisverwaltung oder über den Kreistag, feste Zusagen für einen direkten Anschluss des Weissacher Tales an das Kreiskrankenhaus in Winnenden zu erwirken.
Antrag Straßensanierung: Für die Sanierung der Straßen soll ein Sanierungsplan erstellt werden, nach dem systematisch vorgegangen wird.
Antrag Folgekosten von Neuanlagen: Wir stellen den Antrag, bei allen geplanten Neuanlagen darzustellen, welche Folgekosten durch zusätzliche Instandhaltungsarbeiten auf die Gemeinde und damit den Bauhof zukommen.
Antrag Feuerwehr - LF8: Beide alte LF 8 müssen zum Zeitpunkt der Indienststellung des neuen GWL2 abgestoßen sein.

Haushalt 2014

Übersicht über die Fragen und Anträge:

Wir beantragen:

- langfristig **Doppelbesetzungen beim Personal zurückzufahren.**
- **nicht genutzte Gemeindegebäude umgehend zu verkaufen**
- einen **Zeit- und Kostenplan für Einführung von SAP und Doppik** zu beschließen
- Der **Feuerwehrkommandant soll** einmal im Jahr dem Gemeinderat über die aktuelle Entwicklung der Feuerwehr **berichten.**
- dass die Verwaltung **Mittel aus dem ELR- Programm für Läden auf dem Land** beantragt.
- **Schnelles Internet** für alle Ortsteile
- Die Verwaltung sollte sich um einen **weiteren Hausarzt** für Auenwald bemühen.
- Eine **Postannahmestelle für Unterbrüden, Versetzung des Briefkastens in die Ortsmitte**
- **Umrüstung auf LED-Beleuchtung** in öffentlichen Gebäuden und bei der Straßenbeleuchtung
- **Durchgehende Straßenbeleuchtung nachts**
- **Beibehaltung der weitgehenden Versorgung mit Trinkwasser aus eigenen Quellen und Brunnen, keine langfristige Verpachtung unserer Quellen!**
- **evtl. freiwerdende Gelder über den vorhergesehen Betrag hinaus für die Kanalsanierung** vorrangig einzusetzen.

- bei zukünftigen Bebauungen oder Bau von Regen-Rückhaltebecken **Ausgleichsmaßnahmen nicht auf wertvollem Ackerland** vorzunehmen.
- **die Mistelplage** in Zusammenarbeit mit den Obst- und Gartenbauvereinen und dem Landratsamt zu bekämpfen.
- dass die **Schiebetüren an der Aussegnungshalle in Oberbrüden** schnellstens angebracht werden.
- dass **keine Grabsteine aus Kinderarbeit** auf unseren Friedhöfen mehr Verwendung finden.
- dass **alle Kindergärten gleich behandelt** und, entsprechend der Nutzungsstruktur, gleich gut ausgestattet werden.
- das Aufstellen von **Bänken an den Hangstraßen**, zunächst konkret das Aufstellen einer Bank jeweils an der **Bergstraße** und an der **Rosenstraße**.
- die Errichtung eines sog. „**Generationenspielplatzes**“.
- Marode **Gemeindestraßen** müssen zügig ausgebessert oder erneuert werden.
- Die **30er-Zonen** sollten zum Schutz unserer Kinder stärker überwacht werden.
- **Verkehrsentlastung für den Trailhof**
- **Verbesserung des innerörtlichen ÖPNVs und der überörtlichen Busversorgung an den Wochenenden**
- **Bau der Kreisverkehre am Brenner und in Unterbrüden**
- **Verlängerung der Buslinie von Unterbrüden nach Lippoldsweiler**
- dass sich die Tälesgemeinden für eine **direkte Busanbindung zum Krankenhaus in Winnenden** stark zu machen.
- dass die **Zufahrt des Weissacher Tales zur B14** bei den Planungen berücksichtigt wird.
- zum wiederholten Male die **Umsetzung des Radwegeplanes**
- und **die Verlängerung des Landschafts- und Kulturpfades durch alle Ortsteile bis nach Oberbrüden**.
- **Die Renovierung der Sporthalle Hohnweiler**
- **Einen begründeten Vorschlag der Verwaltung für den Bau des Allwettersportplatzes**
- **Die Aktualisierung des Sportstättenleitplans**

